

Stellungnahme zum geplanten Einkaufszentrum Gigapole bei Forbach

Jo Leinen, Mitglied des Europäischen Parlaments

Haarscharf an der Grenze: KKW¹ Cattenom² und jetzt Gigapole...

Die Überwindung der europäischen Binnengrenzen ist inzwischen weit fortgeschritten. Eindrucksvolles Beispiel dafür war etwa im Sommer diesen Jahres eine Demonstration von französischen und deutschen Einzelhändlern im französischen Forbach nahe Saarbrücken. Der gemeinsame Protest richtete sich gegen das Projekt Gigapole - ein Einkaufszentrum von tatsächlich gigantischen Ausmaßen³, das grenznah auf französischem Boden entstehen soll. Die Verkaufsfläche ist mit einer geplanten Fläche von mehr als 100.000 qm ungefähr doppelt so groß wie die des benachbarten Saarlouis - nur eine von vielen Städten beiderseits der Grenze, die durch die Ansiedlung des Gigapole betroffen sein wird.

Bei der Entscheidung für oder wider ein solches Projekt ist eine Betrachtung sämtlicher wirtschaftlicher und sozialer Auswirkungen auf die gesamte Region dringend geboten. Die Verlagerung des Konsums aus den Städten heraus auf ein zentrales Einkaufszentrum auf der grünen Wiesen führt zu einer Verödung der Innenstädte des Einzugsgebietes.

Zu den bekannten Begleiterscheinungen gehört neben dem Verlust von Arbeitsplätzen auch eine verschlechterte Versorgungslage der Bevölkerung. Dieses Phänomen ist im Osten Deutschlands zu beobachten. Die vorübergehende Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch Planung und Bau hatte auch dort den Blick der Entscheidungsträger für die gravierenden mittel- und langfristigen Nachteile verstellt. Es gilt nun, aus den dort gemachten Fehlern zu lernen.



Wie ist es aber möglich, dass trotz des Zusammenwachsens der Länder Europas selbst Entscheidungen mit vorrangig regionalen Auswirkungen nicht auf regionaler oder europäischer, sondern nach wie vor ausschließlich auf nationaler Ebene getroffen werden? Auf meine Anfrage hin hat die Europäische Kommission im September nicht nur eingeräumt, über das Projekt Gigapole bisher nicht informiert zu sein. Sie hat zugleich auch betont, dass die Regionalplanung und Raumordnung Sache der nationalen Behörden der Mitgliedstaaten sei. Formal ist dies zutreffend, zufriedenstellend aber keineswegs. Eine europäische Herangehensweise bei grenzübergreifenden Problemen tut dringend Not.

Aus diesem Grund haben sich die Minister der Mitgliedstaaten 1999 in Potsdam auf das - wenn auch unverbindliche - europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK) geeinigt. Ziel dieses Konzepts ist die Förderung grenzüberschreitender regionaler Zusammenarbeit. So führte etwa das Projekt "Trade" zur Bildung eines transnationalen Netzwerks mit dem Ziel der Koordinierung aller Politiken bezüglich der Ansiedelung grenznaher Fabrikverkaufszentren. Innerhalb des Netzwerkes arbeitete der Handelssektor mit den lokalen Behörden und anderen interessierten Parteien zusammen. Auf dieses Projekt des nordwesteuropäischen Metropolraumes könnte auch die Zusammenarbeit der Saar-Lor-Lux-Region aufbauen. Die Initiative der betroffenen Regionen ist jedoch unabdingbare Voraussetzung für jegliche Zusammenarbeit. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit im Bereich der grenzübergreifenden Regionalplanung gibt es nämlich noch nicht.

Das Europäische Parlament hat bereits 1998 kritisiert, dass der Vertrag keine gemeinschaftlichen Kompetenzen im Bereich der Raumordnung vorsieht, obwohl er doch gleichzeitig die Koordinierung nationaler Politiken mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung des gesamten



europäischen Raumes fordert. Dennoch dürfen die Verantwortlichen sich nicht hinter dem in dieser Hinsicht wenig fortschrittlichen Vertrag verschanzen. Denn auch die deutsche und die französische Politik hat sich auf höchster Ebene mit EUREK bereits zu Leitbildern und Zielen bekannt, denen die Errichtung des Gigapole mit seinen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen diametral entgegenlaufen würde.

Der kurzfristig belebte Wettbewerb durch das zusätzliche Einkaufszentrum "Gigapole" wird zur Schließung einer Vielzahl von städtischen Geschäften beiderseits der Grenze und damit zu einer eingeschränkten Wettbewerbssituation zu Lasten der Verbraucher führen. Engagierte Bürgerinnen und Bürger haben das über die nationalen Grenzen hinweg bereits seit langem erkannt und ihre Position deutlich gemacht. Die europäischen Politiker sind daher aufgefordert, gemeinsam zu handeln und sich dem Willen der Bevölkerung der gesamten Region zu öffnen. Das Subsidiaritätsprinzip soll ja die Bürgernähe der Politik garantieren. Auf europäischer Ebene wurde mit EUREK ein erster Schritt hin zur

gemeinsamen Raumordnungspolitik getan. Die Umsetzung dieser Vorgabe muss jetzt auf allen Ebenen erfolgen.



Angesichts der Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa darf die nachhaltige Entwicklung von Wirtschafts- und Lebensräumen nicht durch eine einseitige nationale Raumentwicklung gefährdet werden. Die Euro-Region Saar-Lor-Lux ist bislang europaweit bekannt als Beispiel für erfolgreiche transnationale Kooperation.

Die Chance, auch im Bereich der Raumordnungspolitik regional und damit zukunftsorientiert und richtungsweisend zu agieren, darf keinesfalls durch eine kurzsichtige Entscheidung mit weitreichenden negativen Folgen verbaut werden. Die zuständigen Politiker beiderseits der Grenzen sind daher aufgefordert, in einen konstruktiven Dialog einzutreten und die vorhandenen Kooperationsmöglichkeiten auszuschöpfen.⁴

Jo Leinen⁵

¹ Jo Leinen ist nicht erst seit jetzt und heute für uns aktiv: <http://www.sz-newsline.de/serien/atom5.htm>

² Tja, ob Gigapole im Sinne dieser Impulse ist? http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/1995/0530/politik/0041/

³ Siehe dazu auch "Planungen für Gigapole in Forbach: Landesregierung hat keinen blassen Schimmer" auf den Internetseiten der Saar-SPD unter: <http://www.spd-saar.de/fraktion/sp201000/cgi-bin/spdcms7.cgi?mon=Mai&year=2001>

⁴ Die Suchmaschine Google liefert unter <http://www.google.com/search?q=gigapole&hl=de&lr=> gute Infos zu Gigapole

⁵ Jo Leinen in in google: <http://www.google.de/search?q=jo+leinen>